

Einleitung

*Hans-Jürgen Burchardt, Kristina Dietz, Hannes Warnecke-Berger,
Jonas Wolff und Nadja Ahmad*

„The times they are a-changing“, sang der spätere Literaturnobelpreisträger Bob Dylan in den 1960er Jahren. Und das stimmt natürlich irgendwie immer, bleibt Geschichte doch nie stehen. Aber die Richtung, in die die Winde wehen, ändert sich auch. In den frühen 2000er Jahren war mit Blick auf Lateinamerika in Zeitungsartikeln, Fachzeitschriften, Monografien und Sammelbänden viel vom „Linksruck“ und der *marea rosa*, der „rosa Welle“, zu lesen, die die Region erfasst habe. Heute haben sich die Zeiten geändert, und was diskutiert wird, ist der Aufschwung rechter Kräfte und insbesondere unkonventioneller, mitunter offen extremistischer rechter Akteure. Dieser scheint zudem gegenwärtig nicht bloß Lateinamerika, sondern immer größere Teile der Welt – darunter Europa und die USA – erfasst zu haben (Aria & Burt, 2024; Bohoslavsky & Broquetas, 2024; Borges et al., 2024; Cannon & Rangel, 2020; Nueva Sociedad, 2024; Payne et al., 2023; Pinheiro-Machado & Vargas-Maia, 2023) und führt mittlerweile auch zu einer Neubewertung der Analyse hin zu einer internationalen Perspektive auf den Aufstieg der Rechten insgesamt (Estrada Campos, 2023). Österreich, Deutschland, Schweden, Frankreich, Argentinien, Philippinen, El Salvador, USA. Der Aufstieg extrem rechter Bewegungen und Parteien scheint unaufhaltsam. Wovon genau ist die Rede?

Mit Cas Mudde (2019) können Bewegungen und Parteien der *far right* in zwei Typen unterschieden werden. Die radikale Rechte akzeptiert zwar die Grundidee von Demokratie, stellt sich aber gegen zentrale Elemente der liberalen Demokratie wie Minderheitenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Die extreme Rechte hingegen lehnt das Wesen der Demokratie ab, insbesondere den Gedanken der Volkssouveränität und das Mehrheitsprinzip. In der Praxis zeichnet sich die extreme Rechte in der Regel durch Rhetoriken und Politiken aus, die der Demokratie und liberalen Werten skeptisch gegenüberstehen oder diese negieren, das politische Establishment ablehnen, autoritäre Werte unterstützen, nationale, religiöse oder andere kollektive Identitäten überhöhen, durch Vorurteile und Intoleranz gegenüber ethnischen und anderen Minderheiten gekennzeichnet

sind und meistens einwanderungsfeindliche und kulturprotektionistische Positionen vertreten, die teilweise für gemäßigte Teile der Wählerschaft und bei konservativen Mainstream-Parteien anschlussfähig sind. Die meisten demokratischen Regierungen reagieren hierauf rat- und hilflos, sinnieren über Kommunikationsprobleme oder rücken selbst nach rechts und übernehmen Positionen der extremen Rechten.

Die Erfahrungen der letzten Jahre geben bereits wichtige Hinweise zum Umgang mit der extremen Rechten und zeigen, dass solche Politiken nicht aufgehen: *Appeasement*-Politiken, also der Versuch, die extreme Rechte über Zugeständnisse, Zurückhaltung und Entgegenkommen – z.B. durch die Übernahme ihrer Positionen einer restriktiveren Migrationspolitik – einzuhegen, sind in Europa oder den USA bereits gescheitert (Weeks & Allen, 2022). Auch historische Analysen kommen in der Gesamtschau zum Ergebnis, dass diese Strategien nur wenig Eindämmung versprechen (Saull et al., 2014). Vielmehr haben sie wiederum den Erfolg der extremen Rechten gestärkt und ihre Positionen normalisiert und populärer gemacht. Versuche, rechtsextremen Positionen sachlich entgegenzutreten, laufen oft ebenfalls ins Leere. Sie haben deren Zielsetzung nicht begriffen. Nicht die jeweils präsentierte provokante Ansicht ist das eigentliche Anliegen der extremen Rechten. Diese ist nur ein Mittel, um (oft haltlose) Angriffe auf das Tradierte zu konstruieren und um darüber beim Adressaten Unbehagen und Widerspruch zu erzeugen. Der Versuch, rechtsextreme Vertreter inhaltlich zu stellen, schenkt diesen vor allem mehr Aufmerksamkeit und verleiht ihrem eigentlichen Ziel, für ein autoritäres Schutzangebot des Kollektivs zu werben und sich als ihr starker Vertreter und Erlöser zu präsentieren, mehr Öffentlichkeit und Zuspruch.

Auch die oft beschworene Brandmauer der Konservativen, mit der sie Allianzen mit der extremen Rechten kategorisch ausschließen, ist im historischen Vergleich regelmäßig eingebrochen, wenn die Nicht-Zusammenarbeit mit den Extremen bei den Konservativen zum signifikanten Machtverlust führte. Rückblicke wie der Niedergang der Weimarer Republik oder aktuelle Entwicklungen im Europäischen Parlament oder in der Nationalversammlung in Argentinien unterstreichen solche Einsichten.

Changing times sind aber auch immer Zeiten für Analysen und Forschung. Der vorliegende Band möchte hierzu einen Beitrag leisten und untersucht dazu das neue Erstarken und die Konstellationen der Rechten in Lateinamerika, mit besonderem Blick auf ihre radikalen bzw. extremen Ausprägungen. In der vergleichenden politikwissenschaftlichen Debatte zu Lateinamerika ist die Figur des Pendels eine viel genutzte Metapher. Übli-

cherweise ist damit das Pendeln zwischen unterschiedlichen politischen Regimen gemeint: von der Demokratie zur Diktatur und wieder zurück (Pastor, 1989) oder aber das Pendeln zwischen verschiedenen Formen des Populismus (Campos-Herrera & Reguero, 2019). Aber zumindest für die historisch jüngere Phase gibt es, so will es scheinen, auch eine Art Pendeln zwischen rechts und links: Auf die Phase der neoliberalen Hegemonie der 1990er Jahre folgte besagter Pendelschwung nach links zu Beginn der 2000er Jahre. Und, so scheint es, aktuell schlägt die politische Uhr Lateinamerikas wieder stärker nach rechts aus.

Diese Bewegung ist es, die wir im vorliegenden Band genauer beleuchten wollen. Dabei geht es uns darum, die Charakteristika und Ausprägungen aktueller rechter Kräfte in Politik und Gesellschaft, Opposition und Regierung zu erhellen, die Ursachen, Hintergründe und Folgen ihres politischen Erfolgs zu analysieren. Zugleich wollen wir allzu einfache Formeln – von *dem* Rechtsruck in Lateinamerika, *der* politischen Rechten – hinterfragen und differenzieren. Schließlich zielt der Band auch darauf, Alternativen zu diskutieren und – aus einer Perspektive, die den Aufschwung der Rechten nicht zuletzt aus demokratischer Sicht äußerst kritisch sieht – mögliche politische Antworten zu skizzieren. Schließlich wollen wir nicht vergessen, daraus Lehren für andere Weltregionen und auch für Europa und Deutschland zu ziehen.

1. Die politische Rechte in Lateinamerika

Dass sich die „rosa Welle“ als regionaler Linksruck im Sand verlaufen hat, ist bereits seit rund zehn Jahren klar. Im Jahr 2015 beendete der Wahlsieg des konservativen Kandidaten Mauricio Macri in Argentinien eine Dekade linksperonistischer Regierungen. 2016 gelang es der Rechten in Brasilien, in einem höchst umstrittenen Impeachment-Verfahren die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff abzusetzen – und damit die brasilianische Arbeiterpartei PT nach 13 Jahren in die Opposition zu verbannen. 2017 übergab zudem nach über zehn Jahren im Präsidentenpalast Ecuadors Rafael Correa sein Amt an seinen Parteikollegen und ehemaligen Vizepräsidenten, musste dann allerdings aus dem belgischen Exil beobachten, wie Lenín Moreno das Land auf einen Rechtskurs lenkte, der sich bis heute verschärft hat. Ende 2019 schließlich sah sich Evo Morales, der 2005 zum ersten indigenen Präsidenten Boliviens gewählt worden war, angesichts massiver Proteste und der Abkehr von Polizei und Militär zum Rücktritt gezwungen. 2025

erlitt sein politischer Erbe – nicht zuletzt aufgrund der Spaltung der langjährigen Regierungspartei – eine enorme Wahlschlappe, die den rechten Parteien Zugang zur Regierung ebnete.

Von der illustren Reihe mehr oder minder linker Präsident:innen, die die politische Debatte in und über Lateinamerika in den frühen 2000er Jahren geprägt hatten, ist damit nicht mehr viel übrig als Nicolás Maduro in Venezuela und Daniel Ortega in Nicaragua, die sich mit immer offener autoritären und repressiven Mitteln an die Macht klammern.

Aber brachte das Ende des Linksrucks einen spiegelbildlichen Rechtsruck? Wie *Jonas Wolff* und *Thomas Kestler* in ihren Beiträgen in diesem Band zeigen, ist das nicht ausgemacht. Während sich eine ganze Reihe von Ländern politisch nach rechts bewegten, vollzogen just diejenigen, die von der *marea rosa* nicht erfasst worden waren, eine Entwicklung nach links: Mexiko mit der Wahl von Andrés Manuel López Obrador (2018) und später Claudia Sheinbaum (2024), Chile, Honduras und Peru mit der Wahl von Gabriel Boric, Xiomara Castro und Pedro Castillo (2021) sowie Kolumbien mit dem Wahlsieg von Gustavo Petro (2022). Auch die Amtszeiten einiger rechter Präsident:innen – Macri in Argentinien (2015-2019), Jair Bolsonaro (2019-2022) oder Jeanine Áñez in Bolivien (2019-2020) – blieben bisher eher Episoden, denn strukturprägende Dekaden.

Gleichwohl ist der Eindruck eines regionalen –wie auch internationalen – Aufschwungs konservativer und rechtsextremer Kräfte schlecht von der Hand zu weisen. Dieser manifestiert sich bisher zwar nur in einer begrenzten Zahl von Fällen in der dauerhaften Etablierung klar rechter politischer Kräfte an der Regierungsmacht. Aber blickt man auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und Diskurse, zeigt sich im Vergleich zu den vorherigen Jahrzehnten doch eine deutlich angestiegene Präsenz rechter Motive und Aktivität rechter Akteure. Dies gilt zum einen auf nationaler Ebene: Auch dort, wo sich – wie etwa in Brasilien, Kolumbien oder Chile – zuletzt linke Präsidentschaftskandidat:innen durchsetzen konnten, erzielten zugleich rechte bis rechtsextreme Kandidaten (Bolsonaro, Rodolfo Hernández, Jorge Kast) ebenfalls durchaus eindrucksvolle Erfolge. José Antonio Kast konnte sich bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Dezember 2025 in Chile auch deutlich gegen seine linke Konkurrentin durchsetzen, womit Chile wieder deutlich nach rechts rückt. Hinzu, und vielleicht noch wichtiger, zeigt sich ein Aufschwung rechter Ideen, Forderungen und Diskurse auf der Ebene gesellschaftlicher Mobilisierung, sei es in Gestalt breitenwirksamer, sozialer Bewegungen gegen „Gender-Ideologie“ oder der Liberalisierung

des Abtreibungsrechts, sei es in Gestalt rechter Organisationsdynamiken auf lokaler Ebene (Mayka & Smith, 2021).

Schließlich sind diese Entwicklungen nicht nur Bestandteil eines überregionalen Aufschwungs rechter Diskurse und Kräfte, sondern sie sind, wie der Beitrag von *Andrea Dip*, *Ulli Jentsch* und *Ute Löhning* in diesem Band analysiert, eingebettet in gut geölte transnationale Netzwerke.

Die gegenwärtige lateinamerikanische Rechte ist dabei ein vielgesichtiges Phänomen. Sie verbindet offen rechtsextreme Akteure und Diskurse (*Hans-Jürgen Burchardt*) mit einem „neuen Rechtspopulismus“ (*Thomas Kestler*), wobei die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus häufig schwierig zu ziehen sind. Wie *Facundo Martín* und *Hannes-Warnecke Berger* in ihren Beiträgen beleuchten, bedeuten zwar sowohl das „System Milei“ in Argentinien als auch der von Nayib Bukele in El Salvador etablierte „autoritäre Frieden“ einen Frontalangriff auf demokratische Normen und Institutionen. Aber in den Mitteln und der diskursiven Rechtfertigung unterscheiden sie sich zugleich deutlich. Wieder anders gelagert ist der Fall Bolsonaros in Brasilien (*Carolina Vestena Alvarez*) und erst recht die Lage der kolumbianischen Rechte, die sich aktuell in der für sie völlig ungewohnten Rolle als Opposition einer linken Regierung gegenüber sieht (*Andrea Neira Cruz*, *Stefan Peters* und *Kristina Dietz*).

Gleichzeitig, so zeigt die Forschung wie auch unser Band, gibt es wichtige, gemeinsame Elemente, die den aktuellen Aufschwung rechter Kräfte prägen. Ein zentrales ist, wie *Marcela Suárez Estrada* und *Jazmín Duarte Skell* zeigen, ein dezidiert Antifeminismus. Breiter sprechen Payne et al. (2023) von einer „Rechten gegen Rechte“: Ein Ziel, das die ansonsten heterogene Rechte in der Region (und darüber hinaus) zu vereinen scheint, ist es, die Anerkennung und Stärkung der Rechte historisch marginalisierter Gruppen zu stoppen und rückgängig zu machen – und so traditionelle gesellschaftliche Privilegien und Hierarchien wieder herzustellen. Nicht zufällig spielt insofern auch die (christliche) Religion und deren machtvollen Repräsentanten eine wichtige Rolle, wie im vorliegenden Band *Heinrich Schäfer* analysiert.

In der Summe ist der aktuelle Aufschwung rechter Kräfte in Lateinamerika also durchaus eine Reaktion auf Bemühungen um den Abbau der so massiven wie mehrdimensionalen sozialen Ungleichheiten, die Lateinamerika bis heute kennzeichnen, und der sich wechselseitig verstärkenden Formen der Diskriminierung und Privilegierung entlang von *class*, *race* und *gender*, die damit einhergehen. Aber gleichwohl wäre es zu kurz gegriffen, den Rechtsruck schlicht als Reaktion auf vielleicht allzu radikale Verände-

rungen im Zuge des Linksrucks zu begreifen. Dafür ist schon die reale Transformationsbilanz der linken Regierungen deutlich zu begrenzt (Balán & Montambeault, 2020; Crabtree et al., 2023, S. 150-184; Ellner, 2020; Silva & Rossi, 2018). Wie *Hans-Jürgen Burchardt* in seinem Beitrag betont, ist es neben den Erfolgen linker Mobilisierung und Politik zugleich auch das Scheitern der progressiven Regierungen der frühen 2000er Jahre, das den Aufschwung rechter und rechtsextremer Kräfte möglich gemacht hat.

2. Die Beiträge des Bandes

Der vorliegende Band, der sich auf Beiträge und Diskussionen im Rahmen der Hofgeismarer Lateinamerikagespräche 2025 stützt, versammelt sowohl thematisch fokussierte Kapitel als auch Analysen zu ausgewählten Ländern.

Den Auftakt nach dieser Einleitung macht *Jonas Wolff*. In seinem Beitrag „Die politische Rechte und die Demokratie in Lateinamerika“ diskutiert er zunächst grundlegende begriffliche und theoretische Fragen, wie die nach der Unterscheidung in Links und Rechts und das ambivalente Verhältnis zwischen der Rechten und der Demokratie. In weiteren Schritten gibt er einen Überblick über die Strömungen und Charakteristika der gegenwärtigen politischen Rechten in Lateinamerika, vergleicht den aktuellen Aufschwung der Rechten mit dem vorherigen Linksruck und diskutiert Ursachen ihrer gegenwärtigen Stärke sowie Implikationen für die Demokratie.

Das Scheitern der links-progressiven Regierungen nimmt *Hans-Jürgen Burchardt* zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen. In seinem Beitrag „Das Scheitern der progressiven Regierungen Lateinamerikas und neue Perspektiven gegen die extreme Rechte“ erläutert er, wie Bedingungen für das Erstarken rechtsextremer Bewegungen und Regierungen entstehen konnten, obwohl in der Region in den ersten beiden Dekaden dieses Jahrhunderts eine hohe demokratische Legitimation und ein robustes Wirtschaftswachstums vorhanden waren, die von breiten Arbeits- und Sozialpolitiken begleitet wurden und die soziale Frage deutlich entschärfte. Anschließend identifiziert der Autor drei gesellschaftliche und ineinander verschränkte Stabilitätsdimensionen, die für eine erfolgreiche kollektive Krisenerkennung und -bearbeitung erforderlich sind und deren Schwächung sowohl in Lateinamerika als auch weltweit zu einem Erstarken der extrem Rechten geführt hat. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass neben ökonomischer Stabilität und politischer Teilhabe die Dimension der Kultur für Politik und Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnt. Auf

dieser Grundlage werden verschiedene Vorschläge erarbeitet und konkrete Strategien vorgestellt, die das weitere Erstarken der extremen Rechten aufhalten können und gleichzeitig das Potenzial haben, den anstehenden sozial-ökologischen Wandel in Lateinamerika und auch bei uns erfolgreich zu gestalten.

Daran schließt *Thomas Kestler* an und analysiert in seinem Beitrag „Der neuer Rechtspopulismus in Lateinamerika: Einordnung und Ausblick“ den Aufstieg des Rechtspopulismus in Lateinamerika seit den späten 2010er-Jahren. Anknüpfend an historische Wellen populistischer Politik in der Region identifiziert er eine neue Generation rechtspopulistischer Akteure, die sich durch elitenfeindliche Rhetorik, autoritäre Tendenzen und kulturelle Polarisierung auszeichnen. Gezeigt wird, dass die gängige Typologie des „Radical Right Populism“, die auf Nativismus, Autoritarismus und Populismus basiert, nur eingeschränkt auf Lateinamerika übertragbar ist. Statt ethnonationaler Vorstellungen dominieren religiös-konservative Narrative, wirtschaftlicher Libertarismus oder sicherheitspolitische Hardliner-Positionen. Der Rechtspopulismus in Lateinamerika ist somit inhaltlich vielfältig und oft hybrid. Ob es sich um einen nachhaltigen Trend handelt, bleibt offen. Die geringe Institutionalisierung und ideologische Uneinlichkeit vieler Bewegungen sprechen gegen eine langfristige Etablierung rechtspopulistischer Akteure. Zugleich deuten strukturelle Entwicklungen und eine schleichende Abnahme der Parteibindung in vielen Ländern auf tiefere Veränderungen im politischen Gefüge hin.

Marcela Suárez Estrada und *Jazmín Duarte Sckell* diskutieren in ihrem Beitrag „Der Antifeminismus der Rechten als digitale Gewalt des Staates in Lateinamerika“ den reaktionären Antifeminismus der rechter Akteure und damit verbundene Strategien der digitalen Gewalt gegen Aktivist:innen. Letzteres konzeptualisieren sie als Form staatlicher Gewalt. Mit verschiedenen Strategien direkter und digitaler Gewalt wie Medienkampagnen, sexueller Belästigung und Drohungen hat die extreme Rechte, feministische Bewegungen, die sich für Frauen und LGBT+-Rechte einsetzen, zu ihrem Hauptfeind erklärt. Die Autor:innen argumentieren, dass digitale Gewalt gegen Aktivist:innen als eine Form der Disziplinierung ihrer politischen Handelns zu verstehen ist. Anhand von Beispielen aus Argentinien, Brasilien und El Salvador zeigen sie, dass und wie antifeministische Bewegungen handeln und kommunizieren und identifizieren dabei übergeordnet drei Strategien, die von der Rechten mobilisiert werden: 1) die Entmenslichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von öffentlich sichtbaren Frauen; 2) die Konstruktion des Feminismus als öffentlichen Feind; und 3)

die Organisation von Kampagnen, um aktive Frauen in der Politik zu diskreditieren und zum Schweigen zu bringen.

Heinrich Schäfer untersucht in seinem Beitrag „Religion und rechte Bewegungen in Lateinamerika“ die Rolle religiöser Akteure und zeigt, dass die klassische Rechts-Links-Geometrie zur Analyse nicht mehr ausreicht. Während im 20. Jahrhundert katholische Institutionen, Geheimbünde oder das Opus Dei oft im Namen von Antikommunismus und zur Absicherung traditioneller Hierarchien autoritäre Regime stützten, veränderten sich Politik und Religion seit den 1990er Jahren durch Pluralisierung und Marktlogiken. Religion ist nicht länger nur institutionell gebunden, sondern wird zu einer Frage des Habitus und damit anschlussfähig für identitätspolitische Strategien. Zentral ist das Konzept eines formalen Fundamentalismus: die Absolutsetzung eigener Überzeugungen, ihre Durchsetzung durch Dominanzstrategien und die Politisierung aller Lebensbereiche. Besonders neopfingstliche Mittelschichtakteure treten als neue religiöse Rechte auf. Sie verbindet neoliberale Ökonomie, spirituelle Kriegsrhetorik und autoritäre Politik zu einem Extremismus der Mitte. Religion wird so zu einem Vehikel, über das Klasseninteressen ins Politische übersetzt und konservative Werte hegemonial verankert werden.

Andrea Dip, Ulli Jentsch und Ute Löhning diskutieren anschließend in dem Text „Das Goldene Zeitalter der Autokratie. Vernetzung der Rechten zwischen Europa, den USA und Lateinamerika“, wie sich die globale Rechte international vernetzt. Vor allem zwischen Europa, Nord- und Südamerika ist eine Intensivierung des Austauschs, der Kooperation und der Weiterbildung von jungen Nachwuchseliten bei Konferenzen wie der Conservative Political Action Conference (CPAC), dem Political Network for Values (PNfV) oder dem Foro Madrid zu beobachten. Auf den letzten dieser Konferenzen wurde deutlich, dass die extreme Rechte bereit steht, den Schwung der Erfolge des argentinischen Präsidenten Javier Milei und des wieder gewählten US-Präsidenten Donald Trump für sich zu nutzen. Den von beiden Präsidenten verkörperten disruptiven Typus der nach der Macht greifenden extremen Rechten, wo sich auch die AfD gerne verorten möchte, beleuchten die Autor:innen des Textes genauer. Dazu gehen sie auf die tiefgreifenden Umbrüche in den USA und in Argentinien sowie auf das Projekt 2025 der Us-amerikanischen Heritage Foundation ein, das beiden Regierungschefs als Orientierung dient. Sie diskutieren, warum Milei an die Macht kommen konnte und warum er noch immer über eine ihn unterstützende Basis verfügt. Anschließend charakterisieren sie die erstarkende rechts-libertäre Strömung in Europa, deren Konferenzen,

Festivals, relevante Akteure und die Rolle der AfD. Abschließend beleuchten sie einerseits die Machtoptionen der extremen Rechten auf EU-Ebene, andererseits aber auch Differenzen im extrem rechten Lager.

Facundo Martín zeigt in „Das System Milei: Die Rechte an der Macht in Argentinien“, die Praktiken und Folgen des anarcholiberalen Experiments in Argentinien unter der Regierung von Milei auf. Er analysiert das „System Milei“ als eine autoritäre, rechtsradikale Bewegung, die sich als Alternative zur etablierten Politik präsentiert. Der Aufstieg Mileis beruhte auf multiplen strukturellen Krisen einerseits – Wirtschaftskrise, Inflation, Zerfall des peronistischen Wohlfahrtsmodells – und der medialen Inszenierung einer gewalttätigen, exzentrischen Persönlichkeit – Javier Milei selbst – andererseits, die die Frustration in der argentinischen Gesellschaft kanalisiert. Facundo Martín erklärt, dass sein Sieg im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen nur durch ein umgekehrtes *cordon sanitaire* möglich wurde: Mitte-Rechts-Parteien unterstützten Milei, um den Peronismus zu verhindern. Im Amt setzte Milei massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um – in Bildung, Gesundheit, Sozialleistungen und Wissenschaft – und halbierte die Anzahl der Ministerien. Die Inflation sank in kurzer Zeit von über 200 auf etwa 39 Prozent, allerdings hängt die Wirtschaft von Finanzspekulationen und internationalen Krediten ab. Der einzige wachsende Sektor ist der Rohstoffsektor – ein klassisches Muster einer Extraktionsökonomie. Die Folgen der von Martín bezeichneten anarchilibertären Regierung Mileis sind dramatisch. Politisch untergräbt Milei die Demokratie: Er nutzt Notverordnungen, ignoriert parlamentarische Kontrolle, kriminalisiert Proteste und setzt eine diskursive Gewalt gegen Journalist:innen, Feminist:innen und LGBTIQ-Personen ein. Sozio-ökonomisch bedeuten seine gravierenden Einschnitte in die Sozialausgaben und Zerstörung staatlicher Institutionen massive Kaufkraftverluste, steigende Armut und wirtschaftliche Stagnation und außenpolitisch unterwirft sich Milei nahezu vollständig dem US-Präsidenten Trump. Nachdem die Zustimmungswerte in der Bevölkerung für den „harten Kurs“ Mileis lange stabil waren, sinken sie seit einigen Monaten und Proteste nehmen erneut zu. Martín geht davon aus, dass die Parlamentswahlen im Oktober 2025 entscheidend sein werden für die Zukunft des Mileiismus: entweder konsolidieren sie das Experiment oder besiegeln seinen Niedergang. Argentinien steht an einem Scheideweg. Facundo Martín fasst das System Milei abschließend als einen wettbewerbsorientierten Autoritarismus mit anti-elitärer und anti-woke Rhetorik und faschisierenden Tendenzen, von Faschismus im historischen Sinne kann aber keine Rede sein. Der Mileiismus repräsentiert vielmehr ein

globales Phänomen rechtsradikaler Demokratieuntergrabung – nicht durch einen Staatsstreich stirbt die Demokratie in Argentinien, sondern durch eine systematische Erosion der staatlichen, demokratischen Institutionen.

Hannes Warnecke-Berger beschreibt in seinem Beitrag das „Modell Bukele“ als autoritären Stabilisierungspfad, der harte Sicherheitsmaßnahmen mit digitaler Effizienzrhetorik und Modernisierungsversprechen verbindet. Trotz massiver Erosionserscheinungen der Demokratie findet Bukele breite Zustimmung, weil zwei strukturelle Verschiebungen den Boden bereiteten: Erstens wurde El Salvador von einer Export- zu einer Remittances-Gesellschaft. Migration und Überweisungen stabilisieren den Konsum, schwächen aber Staatlichkeit, fördern Finanzialisierung und entkoppeln Eliten von produktiven Investitionen. Zweitens wandelte sich die Oligarchie weg von Produktion hin zu Konsum-, Immobilien- und Finanzgewinnen; politische Verantwortung wurde abgestreift und Institutionen ausgehöhlt. Hinzu kommen das Scheitern von Staats- und Nationenbildung nach dem Bürgerkrieg, der Glaubwürdigkeitsverlust der FMLN ohne alternatives Entwicklungsmodell sowie ein Generationsbruch, in dem Kriegsnarrative ihre Legitimationskraft verlieren. Schließlich depolitisierte Bukele Gewalt: Repression erscheint als pragmatische Lösung. Zusammengefasst ermöglichen diese Faktoren seine autoritäre Konsolidierung.

Aber die Rechte prägt in Lateinamerika gesellschaftliche Strukturen, Normen, Diskurse und die Räume politischen Handelns nicht nur, wenn sie regiert. Davon berichten die nächsten beiden Beiträge. Den Auftakt macht der Text „Kolumbien: Die Rechte in der Opposition“ von *Andrea Neira Cruz*, *Stefan Peters* und *Kristina Dietz*. Sie betrachten die Strategien rechter Parteien, Einzelpersonen und rechter paramilitärischer Gruppen, um die linke Regierung von Gustavo Petro zu diffamieren und zu entmachten und sich formal wieder an die Spitze des Landes zu setzen. Der Wahlsieg Gustavo Petros im Jahr 2022 markierte einen historischen Bruch in Kolumbien: Petro ist der erste linke Präsident des Landes und verfolgt eine progressive Agenda für soziale Gerechtigkeit, indigene Rechte und Friedenspolitik. Dies hat die traditionell dominierende rechte Elite – lange durch politische Dynastien, wirtschaftliche Macht und Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen geprägt – in die Opposition gedrängt. Die Autor:innen analysieren, wie die Rechte trotz dieser Niederlage weiterhin Einfluss und Macht ausübt. Der Text zeigt, dass die Rechte sich nicht nur über Parteien wie das Centro Democrático organisiert, sondern auch über (neo-)paramilitärische Gruppen wie den Clan del Golfo, die in weiten Teilen des Landes faktische Herrschaft ausüben. Die Rechte verbreitet Des-

information – insbesondere über die „Gender-Ideologie“ – und mobilisiert antifeministische und homophobe Ängste, um die Bevölkerung zu polarisieren. Sie blockiert soziale Reformen, kritisiert die Friedenspolitik der Regierung und glorifiziert die repressive „demokratische Sicherheit“ des ehemaligen, mittlerweile zu 12 Jahren Haft verurteilten rechten Präsidenten Álvaro Uribe. Sie nutzt internationale Netzwerke – mit Trump, Bukele und rechten Parteien in Europa – und versucht, die US-Regierung für ihre Ziele zu gewinnen und sie verbreitet Angst und Gewalt. Obwohl ihr aktuell an einer einheitliche Führungsfigur fehlt, bleibt sie ein zentraler Machtfaktor. Das Fazit der Autor:innen lautet: Die Rechte in Kolumbien ist nicht besiegt, sondern hat sich in eine strategische Opposition verwandelt. Sie agiert durch Gewalt, Desinformation und ideologische Mobilisierung – nicht durch ein eigenes Projekt, sondern durch die systematische Diskreditierung der Linken. Die Präsidentschaftswahlen 2026 werden entscheiden, ob Kolumbien auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft bleibt oder in eine neue Phase autoritärer Gegenbewegung eintritt.

Carolina Vestena Alvarez zeigt in ihrem Beitrag „Der Bolsonarismus in Opposition: Strategien und Vernetzung der extremen Rechten in Brasilien“, dass die politische Bewegung des vormaligen brasilianischen Präsidenten Bolsonaro auch nach seiner Wahlniederlage 2022 als widerstandsfähige ideologische Ausrichtung weiter wirkt, und gerade dies jenseits der Person Bolsonaros. Er bündelt konservative bis rechtsextreme Akteure, setzt auf Marktliberalismus, religiös-patriarchale Werte und eine polarisierende Anti-Linke-Rhetorik. Träger ist ein arbeitsteiliges Netzwerk aus der Familie Bolsonaro, Abgeordneten, Influencer:innen, alternativen Medien, anonymen Content-Produzent:innen und internationalen Verbündeten. Kern ist die professionelle Nutzung sozialer Medien (Facebook, YouTube, X, WhatsApp/Telegram, TikTok), die es ermöglichen emotionalisierte Feindbilder, Desinformation und schnelle Memetik, sowie Online-Mobilisierung mit Offline-Protesten zu koppeln. Trotz juristischer Gegenwehr behält die Rechte erhebliche Präsenz in Parlamenten und Kommunen und treibt einen Kulturkampf von rechts, der demokratische Institutionen delegitimiert. Als Ergebnis zeigt sie, dass der Bolsonarismus als Netzwerk-Projekt der extremen Rechten politisch wirksam bleibt, auch ohne Bolsonaro im Amt.

Abschließend diskutiert *Kristina Dietz* im Gespräch mit *Valeska Hesse*, *Ferdinand Muggenthaler*, *Christiane Schulte* und *Ingrid Spiller* Fragen zum Internationalismus und zivilgesellschaftliche Kooperation in Zeiten von Autoritarismus und Rechtswende.

Die Vielfalt der Beiträge gibt nicht nur einen Überblick über die zahlreichen Facetten der Konservativen und der extremen Rechten, die in Lateinamerika gegenwärtig stark an Einfluss gewinnen. Sie zeigt auch, dass die extreme Rechte im 21. Jahrhundert keine einfache Kopie extremer rechter Bewegungen und Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ist, sondern eigene und neue Gesichter hat und unter neuen Bedingungen hervortritt. Auffällig ist hier unter anderem die Herausbildung einer autoritären, gewaltvollen Demokratie, wie wir sie seit einiger Zeit in den USA, Italien oder Ungarn beobachten können. Bei der Aufrechterhaltung einer Fassade von Wahldemokratien werden Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte, Wissenschaft, politische Mobilisierung und Meinungsfreiheit und viele andere Bereiche von Demokratie ausgehöhlt, geschwächt, eingeschränkt und repressiv und gewaltvoll unterdrückt.

3. Literatur

- Aria, E. & Burt, J. M. (2024). The “new” extreme right in Latin America. *LASA Forum*, 54(4), 4–57.
- Balán, M. & Montambeault, F. (Hg.) 2020: Legacies of the left turn in Latin America. The promise of inclusive citizenship, University of Notre Dame Press.
- Bohoslavsky, E., Broquetas, M. (Hg.) (2024). Latin America’s far right reborn. *NACLA Report on the Americas*, 56(1). <https://doi.org/10.1080/10714839.2024.2323393>.
- Borges, A., Lloyd, R., & Vommaro, G. (Hg.). (2024). *The recasting of the Latin American right: Polarization and conservative reactions*. Cambridge University Press.
- Cannon, B. & Rangel, P. (Hg.) (2020). *Resurgimiento de la derecha en América Latina: nuevas coaliciones y agendas*. Revista CIDOB d’Afers Internacionals 126. <https://doi.org/10.24241/rcai.2020.126.3>.
- Crabtree, J., Durand, F., & Wolff, J. (Hg.) (2023). *Business power and the state in the Central Andes: Bolivia, Ecuador, and Peru in comparison*. University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.2307/jj.6380596>.
- Ellner, S. (Hg.). (2020). *Latin America’s pink tide: Breakthroughs and shortcoming*. Rowman & Littlefield.
- Campos, Rodrigo Duque Estrada. 2023. The international turn in far-right studies: A critical assessment. *Millennium*, 51(3). 892–919. <https://doi.org/10.1177/03058298231198992>.
- Mayka, L., & Smith, A. E. (2021). Introduction: The grassroots right in Latin America: Patterns, causes, and consequences. *Latin American Politics and Society*, 63(Special Issue 3), 1–20. <http://dx.doi.org/10.1017/lap.2021.20>.
- Mudde, Cas. (2019). *The Far Right Today*. Polity.

- Nueva Sociedad (2024). ¿Hay que temerle a la extrema derecha? *Nueva Sociedad*, 312. <https://nuso.org/revista/312/hay-que-temerle-a-la-extrema-derecha> (letzter Zugriff am 18.07.2025).
- Payne, L. A., Zulver, J., & Escoffier, S. (Hg.). (2023). *The right against rights in Latin America*. Oxford University Press. <http://dx.doi.org/10.5871/bacad/9780197267394.001.0001>.
- Pinheiro-Machado, Rosana, & Tatiana Vargas-Maia, (Hg.). (2023). *The rise of the radical right in the Global South*. Routledge.
- Campos-Herrera, Germán, & Sebastián Umpierrez de Reguero. (2019). Populism in Latin America: past, present, and future." *Latin American Politics & Society*, 61(1), 148–59. <https://doi.org/10.1017/lap.2018.63>.
- Saull, Richard, Alexander Anievas, Neil Davidson, & Adam Fabry, (Hg.). 2014. *The Longue Durée of the far-right: An international historical sociology*. Routledge.
- Silva, E., & Rossi, F. M. (Hg.). (2018). *Reshaping the political arena in Latin America: From resisting neoliberalism to the second incorporation*. University of Pittsburgh Press. <http://dx.doi.org/10.1111/blar.13076>.

